

Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Matthias Seelmann-Eggebert (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 142 bis 143 einfügen:

auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir wollen die Kommunen als wichtige Akteure stärken, indem wir Klimaschutz zur kommunale Pflichtaufgabe machen und sie hierin mit einer angemessenen Finanz- und Personalausstattung unterstützen.

Begründung

Klimaschutz besteht aus einer unüberschaubaren Menge von Einzelmaßnahmen, die lokal durchzuführen sind und deshalb auch vor Ort durch die Gemeinde- oder Stadtverwaltung begleitet, registriert und bilanziert werden sollten (PV-Kataster, Wärmekataster, Handwerkerbörse, Energieberatung und Unterstützung bei Fördermaßnahmen). Durch geeignete Kriterien im Monitoring können sich die Kommunen im Klimaschutz-Wettstreit gegenseitig beflügeln. Das Land ist gefordert, klare einheitliche CO₂-Bilanzierungsregeln für Sanierungsmaßnahmen zu definieren. Jede Gemeinde sollte darauf verpflichtet werden können, ein angemessenes Maß an Flächenressourcen für Freiflächen-PV und Windkraft zur Verfügung zu stellen, wie dies heute schon für den Hochwasserschutz der Fall ist.

Unterstützer*innen

Jörg Dengler (KV Freiburg); Hannes Fugmann (KV Freiburg); Friedrich Weise (KV Freiburg); Fabian Frick (KV Freiburg); Philipp Appenzeller (KV Freiburg); Michael Stegen (KV Freiburg); Florian Schmid (KV Freiburg); Abdul Azzam (KV Esslingen); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Michael Christ (KV Ortenau); Georg Krause (KV Ludwigsburg); Sonja Maria Maragnoli (KV Freiburg); Hans Hagen (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jan Christoph Goldschmidt (KV Freiburg)